

Der Bauer, das Dorf und die Landwirtschaft - Vietnams Agrarsektor im Umbruch

Weggel, Oskar

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weggel, O. (2006). Der Bauer, das Dorf und die Landwirtschaft - Vietnams Agrarsektor im Umbruch. *Südostasien aktuell : journal of current Southeast Asian affairs*, 25(3), 50-65. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-337369>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Im Fokus

Der Bauer, das Dorf und die Landwirtschaft – Vietnams Agrarsektor im Umbruch

Oskar Weggel

Farmer, Village, and Agriculture – Vietnam's Agricultural Sector in Transition

Abstract

Even after 20 years of reforms the importance of agriculture cannot be valued highly enough: It covers 25% of the GDP and 30% of the total export value and absorbs 67% of the national manpower. In spite of its success, the agricultural sector is still suffering from ineffectiveness, a lacking adaptation of market rules and an underdeveloped environmental awareness.

Key words: Agricultural sector, agricultural development, tradition, transition, Vietnam

Dorf und Landwirtschaft im traditionellen Vietnam

Das traditionelle vietnamesische Dorf war eine Überlebensgemeinschaft, in der die einzelnen Haushalte (meist 200 bis 300 an der Zahl) mit winzigen Parzellen, bescheidenster technologischer Ausrüstung und einer schmalen Palette von Produktionstätigkeiten (Feldbau, Viehzucht im Nebengewerbe und etwas Forstwirtschaft) zurecht zu kommen hatten. Die Bauern produzierten überwiegend für den Eigenbedarf und suchten sich dabei sowohl bei der eigenen Familie, die auf Biegen und Brechen aufeinander angewiesen war, als auch bei den Dorfgöttern, mit denen man auf Zinsfuß lebte, rückzuversichern. Rund 60% der Felder standen in privatem Eigentum und gingen, wenn überhaupt, erst in Fällen extremer Not in das Eigentum von Großgrundbesitzern über.

Da häufig bis zu 40% des dörflichen Ackerbodens „öffentliche Felder“ (*cong dien*) waren, die dem ganzen Dorf gehörten und die einzelnen Haushalten nun weitgehend zu gleichen Bedingungen gebrauchswise überlassen wurden, entstand – lange vor dem marxistischen Zeitalter – eine Art „einheimischer Sozialismus“, der dafür Sorge trug, dass sich – weit ab von einer Aufsplitterung in Einzelhaushalte – ein kräftiger Gemeinschaftsgeist herausbildete, der zur Stärkung innerdörflicher Solidarität und zur Herausbildung eines dörflichen Wir-Bewusstseins betrug.

Zusätzlich hatte das Dorf seine eigenen Feste, sein eigenes Brauchtum, seine auf die konkrete Kommune zugeschnittenen Einrichtungen, angefangen vom Dorfgott-Tempel bis hin zum *dinh* („Gemeindehaus“), und nicht zuletzt seinen eigenen Dorfgott. Vor allem aber besaß es seinen eigenen Organismus, durch den die Dorfgemeinschaft sich selbst verwaltete, wobei die Honoratioren aus dem herrschenden Clan, aus mehreren angesehenen Familien und/oder aus dem Kreis der älteren Bewohner die führende Rolle spielten.

Das Dorf hatte vier Funktionen: Es war Produktions-, Verteidigungs- und Versicherungsgemeinschaft (gegen Unberechenbarkeiten aller Art) sowie Schutzgemeinschaft für die Ahnengräber.

Niemand konnte abseits stehen, sondern hatte sowohl bei den Dorffesten mitzuwirken als auch bei außerdörflichen Hand- und Spanndiensten seinen Beitrag zu leisten. Die hier bestehende Gemeinschaft wurde zusätzlich noch dadurch gefestigt, dass kaum Abwanderung stattfand.

Obwohl die wirtschaftliche Tätigkeit größtenteils Subsistenzcharakter trug (*kinh te de an*, wörtlich: „Wirtschaft für das Essen“), kam doch auch die „Wirtschaft für das Geld“ (*kinh te lay tien*) nicht zu kurz. Beide Tätigkeiten standen in einem Wechselseitigkeitsverhältnis zueinander: Keine private Marktwirtschaft ohne genossenschaftliche Zusammenarbeit (*cong dien*) und umgekehrt keine Kooperation ohne private Subsistenzbetätigung. (Die bisher gründlichste Studie zum vietnamesischen Dorf wurde in den Jahren 1995 bis 2002 von einem vietnamesisch-japanischen Forscherteam im Rahmen des Bach-Coc-Projekts, einer Fünf-Dörfer-Kooperative, im nordvietnamesischen Nam Dinh durchgeführt. Die Ergebnisse erschienen in elf Bänden. Der Ausdruck „einheimischer Sozialismus“ stammt vom Leiter dieses Projekts, Yumio Sakurai (2003: 11).)

Das kräftige Wir-Bewusstsein des vietnamesischen Dorfes äußerte sich vor allem nach außen hin. Das Dorf pflegte nämlich weitgehend als autonome Einheit aufzutreten. In dem wohl berühmtesten vietnamesischen Sprichwort heißt es, dass „das Recht des Königs dem Dorfbrauch zu weichen“ hat (*phob vua tua lelang*). Das

Recht des Staates pflegte in der Tat an der Dorfhecke zu enden. Wo immer das Dorf seine drei überkommenen Pflichten (nämlich Ordnungswahrung, Steuerabgaben sowie Hand- und Spanndienste) gegenüber dem mandarinären Staat abgeleistet hatte, blieb es sich in der Regel selbst überlassen. Der Staat beschränkte sich hier also auf die Steuerung von Selbststeuerung sowie auf ergänzende Regelungen durch vertragliche Abmachungen. Der Dialog war hier mit anderen Worten an die Stelle des Befehls getreten. Sogar militärisch hatte diese Autonomie spürbarste Auswirkungen: Während es zur Eroberung von Nachbarstaaten wie Kambodscha, Laos und Thailand in aller Regel genügte, die Hauptstädte einzunehmen und die dortige Elite auszuschalten, konnte Vietnam erst dann als ernsthaft besetzt gelten, wenn jedes einzelne Dorf unter die Kontrolle des Gegners gelangt war.

Dorf und Landwirtschaft in den Jahren des revolutionären Umbruchs

Dieses überkommene System geriet nach dem Sieg der Ho-Chi-Minh-Bewegung seit 1945, vor allem aber während der fünfziger Jahre, in einen revolutionären Strudel ohnegleichen hinein, der von der traditionellen Substanz wohl kaum etwas übrig gelassen hätte, wäre der alte Bestand nicht so zäh in sich gefestigt und so tief in der Geschichte verwurzelt gewesen.

Im Verlauf dieses politischen Erdbebens, das bereits während des Ersten Indochina-Kriegs eingesetzt hatte, musste die nordvietnamesische Landwirtschaft zwei Etappen durchlaufen, nämlich (1) 1950ff. die Phase der Bodenumverteilung und (2) den Prozess der Kollektivierung (1958ff.) – beides nach chinesischem Vorbild.

Was die Bodenumverteilung anbelangt, so erschien sie auf den ersten Blick wenig sinnvoll, da rund 60% der Äcker nicht größer als ein Fußballfeld und da überdies in einer Region wie dem Delta des Roten Flusses rund 98% der Bauern Eigentümer ihrer Grundstücke waren. Immerhin kamen dann aber doch rund 700.000 ha an Grundbesitzereigentum und an Grundstücken der früheren Kolonialherren zusammen, die einer bis dahin landlosen Schicht von Bauern zugeteilt wurden – wenn auch nur für kurze Zeit (Pike 1978: 101).

Verschärft worden waren diese Umverteilungsmaßnahmen seit 1953 durch die Aufgliederung der Bauernschaft in fünf Klassen, durch Landreformtribunale, durch die Hinrichtung von 50.000 bis 100.000 Grundbesitzern sowie „reichen Bauern“ und durch die damit einhergehenden Massenkampagnen, die den Hass auf die angeblichen Ausbeuter unter den Bauern schüren sollten. Die Umwäl-

zungen verliefen jedoch oft anders als geplant: Es kam zu Bauernaufständen (unglücklicherweise ausgerechnet in Ho Chi-Minhs Heimatprovinz Nghe An), zu innerparteilichen Querelen und schließlich, im Oktober 1956, zum jähen Abbruch der Kampagnen sowie zur Absetzung des scharfmacherischen Parteigeneralsekretärs Truong Chinh, an dessen Stelle nun Ho Chi-Minh in persona trat.

Bereits zwei Jahre später, nämlich 1958, wurde die Kollektivierungsbewegung wieder aufgenommen, allerdings wesentlich behutsamer als 1953ff., und führte nun zu einer schnellen Zwangsvergenossenschaftlichung der Bauernschaft, zur Herrschaft des KP-Apparats über die Landwirtschaft und zur Alimentierung der neu zu errichtenden Schwerindustrie durch den Primärsektor. Wegen des 1964 ausbrechenden Zweiten Indochina-Kriegs konnte die Kollektivierungskampagne allerdings nie konsequent zu Ende geführt werden und erfolgte überdies nur unter schweren Opfern. So konnte die Ernährung der Bevölkerung in diesen Übergangsjahren nur mit ausländischer Hilfe (aus China, aus der Sowjetunion und aus verschiedenen Ostblockländern) sichergestellt werden (zur Kollektivierung s.a. *Geschichte der Partei* 1972: 63-67).

Nach der Niederlage Südvietnams im Jahre 1975 sollte die Kollektivierung trotzdem – und zwar beginnend mit dem Jahr 1978 – auch im Süden eingeführt werden. Doch wurden diese Pläne durch den 1986 beschlossenen Reformkurs überholt.

Auf dem Höhepunkt der Landreform waren immerhin über 90% der Bauernhaushalte und über 80% des landwirtschaftlichen Bodens (zwangs-)genossenschaftlich erfasst worden: Ein Ereignis, das für die meisten Bauern traumatisch verlief und sie noch heute erschauern lässt, wenn sie an die Zustände von damals auch nur von ferne erinnert werden.

Worin nun bestanden die einschneidendsten revolutionären Neuerungen der damaligen Jahre?

Da war erstens die Umwälzung der so genannten Produktionsverhältnisse, vor allem im Eigentums- und Zuordnungsbereich: Produktionsmittel, angefangen von Grund und Boden bis hin zu Zugvieh und größeren Arbeitsgeräten sowie Bewässerungsanlagen, sollten entprivatisiert und in höherwertige Eigentumsformen, seien sie nun staatlicher oder aber genossenschaftlicher Art, überführt werden.

Unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten war vor allem die Bodenenteignung wenig sinnvoll, da die Parzellen ohnehin so handtuchartig klein waren, dass auch Flurbereinigungen kaum wirtschaftsfreundlichere Flächen schaffen konn-

ten: Durchschnittlich waren auf eine Familie in der alten Gesellschaft gerade einmal 0,5 ha Land entfallen, also Boden in der Größe eines Fußballfeldes. Zusammenlegungen zu Genossenschaften und zu Staatsfarmen ohne gleichzeitige Bevölkerungsumsiedlung würden also lediglich dazu führen, dass die Bauern sich nun als Kollektiv (statt wie bisher in der Form von Einzelhaushalten) auf die Füße traten. Ohnehin waren die Landwirte ja schon vorher eher als Gärtner tätig gewesen denn als großflächig arbeitende Bauern im westlich verstandenen Sinne.

Allerdings ging es der sozialistischen Politik der damaligen Zeit auch gar nicht um effizienteres Wirtschaften, sondern um eine prinzipielle gesellschaftliche Umwandlung: Geschaffen werden sollte nicht der perfekte Landwirt, sondern der Neue Mensch in der Neuen (sozialistischen) Gesellschaft.

Die Sozialisierung der Landwirtschaft, die auf eine Zwangskollektivierung hinauslief, erfolgte in den fünfziger Jahren unter Leitung des damaligen KP-Generalsekretärs, der den bezeichnenden Nom de guerre Truong Chinh („Langer Marsch“) trug und der schon dadurch zu erkennen gab, dass er dem chinesischen Weg der landwirtschaftlichen Kollektivierung zu folgen gewillt war. Allerdings kam es nur zur Umwandlung der vietnamesischen Dörfer in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, nicht jedoch in Volkskommunen nach chinesischem Muster. Ehe nämlich dieser Schritt nachvollzogen werden konnte, hatte sich eine Hungersnot in Vietnam sowie jenes vietnamesisch-chinesische Schisma ereignet, in dessen Gefolge es nicht nur zum Ausbruch des chinesisch-sowjetischen Dauerkonflikts, sondern auch des Sturzes von Truong Chinh kam.

Gleichzeitig mit der Zwangskollektivierung etablierte sich ein monströser staatlich-genossenschaftlicher Aufkauf- und Verteilungsapparat, der mit der Aufhebung von ländlichen Märkten (und der privaten Bauernwirtschaft überhaupt) Hand in Hand ging. Es entstanden Ein- und Verkaufsgenossenschaften sowie staatliche Ein- und Verkaufsgenossenschaften; die Preise für Güter aller Art wurden hoheitlich festgelegt und die Umsatzmengen in staatlichen Plänen festgeschrieben. Individuelle Kaufgeschäfte und nicht-hoheitliche Transaktionen wurden in die Illegalität abgedrängt.

Staatliche Investitionen wurden jetzt ebenfalls nach Plan festgelegt und kamen nur noch Sowchosen und Kolchosen zugute.

Was die Arbeit anbelangt, so wurde sie in der Regel weniger nach Leistungs- als vielmehr nach Sozial- und Klassengesichtspunkten bewertet und durch Zuteilung von so genannten Arbeitspunkten belohnt. Ein alte Bäuerin, die nach dem Ende ihres täglichen Kollektivpensums z.B. freiwillig noch etwas Sozialarbeit leistete,

konnte am Ende weitaus mehr Arbeitspunkte sammeln als ein junges Genossenschaftsmitglied, das zwar die vielfache Leistung der alten Dame erbrachte, Akte der Solidarität aber vermissen ließ.

Was Mechanisierung, Elektrifizierung, bessere Bewässerung und Biologisierung (modernere Anbausorten) anbelangt, so blieb die vietnamesische Landwirtschaft, allen Kollektivierungsanstrengungen zum Trotz, meist auf bescheidenem Niveau.

Einen Fortschritt erbrachten die neuen Produktionsverhältnisse immerhin dadurch, dass die Produktion nun überwiegend nicht mehr auf den Eigenbedarf, sondern auf einen volkswirtschaftlichen Gesamtrahmen zugeschnitten war.

Allerdings begann die revolutionäre Landwirtschaft vor allem in den achtziger Jahren, als auch die südvietnamesische Landwirtschaft noch in den sozialistischen Transformationsprozess eingespannt worden war, schnell ihre dunklen Seiten voll zu entfalten: Es kam zu Hungersnöten und zu einer Inflation, die zwar nicht allein von der Landwirtschaft ausgelöst worden war, die sich am Ende aber auf rund 1.000% p.a. belief und zeigte, dass die bisherigen Strukturen nicht länger haltbar waren.

Dorf und Landwirtschaft im Zeichen der Reformen

Sieben Hauptänderungen

Seit Reformbeginn i.J. 1986, vor allem aber seit den konkreten landwirtschaftlichen Reformbeschlüssen vom April 1988, hat die KPV-Führung damit begonnen, den landwirtschaftlichen Kurs auf eine Linie einzuschwören, die zum Teil Renormalisierungscharakter trug, zum Teil aber auch schon ins 21. Jahrhundert hinüberwies, insofern jetzt nämlich zahlreiche echte Modernisierungsmaßnahmen beschlossen wurden.

Im Zentrum der Zielsetzungen stand jetzt nicht mehr die Rundumerneuerung der bäuerlichen Gesellschaft, sondern die Sicherstellung der Nahrungsmittelproduktion und die Beschleunigung des Produktionszuwachses. Es ging, ideologisch ausgedrückt, nicht mehr um die Umsteuerung bei den Produktionsverhältnissen, sondern um eine Erneuerung der Produktivkräfte. Aus diesem Grund wurde auch nicht mehr auf die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse (mit dem Ziel der Schaffung von Kollektiv- und Staatseigentum) Wert gelegt, sondern auf quantitative Zuwächse und auf qualitative Effizienz. Privateigentum an Produktions-

mitteln sowie gemischt staatlich-privates oder sonstiges Mischeigentum erhielten jetzt wieder den gleichen Rang wie genossenschaftliches und staatliches Eigentum. Nicht mehr auf die Qualität des Eigentums sollte es ankommen, sondern auf maximalen Zuwachs und auf möglichst hohe Effizienz. Von dieser Neuausrichtung profitierten vor allem die bäuerlichen Einzelhaushalte, die jetzt erneut in den Mittelpunkt traten und die überhaupt zum Hauptadressaten der meisten Reformbemühungen wurden.

Die Bauernhaushalte erhielten jetzt, und dies war der zweite große Neuerungs- punkt, an Grund und Boden zwar nicht Eigentum (dieses blieb nach wie vor beim Staat), wohl aber wurden ihnen Verfügungsrechte auf stabiler und langjähriger Basis überlassen. Vor allem das Bodengesetz von 1993 sicherte den Bauernhaus- halten an dem von ihnen bewirtschafteten Boden fünf Rechte zu (nämlich auf Übertragung der Verfügungsrechte, auf Vererbung, auf Besicherung, z.B. durch Hypotheken, auf Verpachtung und auf andere Verwendungsarten). Bauern sollten von jetzt an in die Lage versetzt werden, wieder langfristig in Grund und Boden zu investieren. Die Pflüger sollten mit anderen Worten den Boden zurückerhalten.

Drittens änderte sich die Investitionspolitik. Statt direkter Investitionen in Staats- und Genossenschaftsfarmen wurden staatliche Mittel jetzt eher indirekt eingesetzt, nämlich zur Erstellung landwirtschaftlicher Infrastruktur, angefangen von Straßenverbindungen über Elektrizitäts- und Telekommunikationseinrich- tungen bis hin zur Modernisierung des Bewässerungswesens und zur besseren Gesundheitsvorsorge sowie für die ländliche Schulbildung.

Viertens wurden die hoheitlichen Institutionen, angefangen von staatlich-ge- nossenschaftlichen Auf- und Verkaufsagenturen über Preisfestsetzungen bis hin zu imperativen Planvorgaben, durch marktwirtschaftliche Instrumente (Bauernmärkte, freie Preisbildung, indikative Pläne) ersetzt, wie ja überhaupt formelle staatliche Direkteingriffe immer mehr durch flexiblere Rahmenrichtlinien ersetzt wurden. An die Stelle von Befehlen von oben nach unten trat die Praxis des bäuerlichen Ver- tragssystems, in dessen Rahmen sich staatlich-genossenschaftliche Vergabestellen einerseits und Einzelhaushalte andererseits von gleich zu gleich gegenübertraten und Produktionsverträge abschlossen. Die (mit neuen Funktionen betraute) Ge- nossenschaftsleitung traf mit den Haushalten X, Y und Z also Abmachungen, aufgrund derer die Haushalte Bodenparzellen sowie Geräte übertragen erhielten, während sie sich im Gegenzug dazu verpflichteten, bestimmte Erntemengen abzu- liefern. Übersollprodukte sollten vom Haushalt selbst verbraucht oder auf freien

Märkten veräußert werden dürfen. Falls andererseits das Ablieferungssoll nicht erbracht würde, müsse das Grundstück wieder zurückgegeben werden usw.

Durch Verträge dieser Art erhielten Bauernhaushalte ihre traditionelle Autonomie wieder zurück. Sie konnten ihre Produktion frei bestimmen und brauchten sich von keinem Bürokraten mehr in ihre Angelegenheiten hineinreden zu lassen.

Von jetzt an mussten sie sich auch nicht mehr mit Arbeitspunkten begnügen; vielmehr wurden die Modalitäten der Arbeitsrechte und -pflichten im Haushaltsvertrag festgelegt.

Fünftens kam jetzt auch mehr Fahrt in die Modernisierung des Maschinenparks, in den Einsatz neuer Anbausorten und in die Verwendung von Insektiziden sowie Pestiziden: Die einzelnen Bauernhaushalte wurden nämlich dazu angeleitet, sich mit Saatforschungsinstitutionen und mit Gerätelieferanten direkt in Verbindung zu setzen und mit ihnen womöglich auch eigene Verträge abzuschließen, also Marktbeziehungen einzugehen.

Sechstens kam es zu einer betrieblichen Ausdifferenzierung, die den Anforderungen der Marktwirtschaft Rechnung tragen sollte.

Bereits durch Gesetz vom 26.3.1996, das am 1.1.1997 in Kraft trat, war das Genossenschaftswesen neu geregelt worden. Genossenschaften sollten den Haushalten künftig dabei behilflich sein, sich betrieblich noch mehr als bisher zu spezialisieren und zu kommerzialisieren, neue Geräte und neue Getreidesorten einzuführen, handwerkliche Fähigkeiten zu erwerben und Querverbindungen zu anderen verwandten Produktionsbetrieben, vor allem handwerklicher Art, aufzunehmen.

Formell ging es mit den Genossenschaften neuen Typs, die sich vor allem durch das Freiwilligkeitsprinzip von den alten Zwangsgenossenschaften unterschieden, zwar schnell wieder aufwärts: Ende 2002 bspw. existierten 2.569 neu gegründete und 6.384 umgebaute Genossenschaften (VER, Nr. 11/123 (2004), S. 19-21). Angesichts des tiefen Misstrauens, das sich beim Durchschnittsbauern in den fünfziger Jahren festgesetzt hatte, waren diese Ansätze jedoch verhältnismäßig bescheiden.

Ab dem Jahr 2000 kam frischer Wind in den Differenzierungsprozess: Am 1. Januar nämlich trat das Betriebsgesetz in Kraft, das vor allem Kleinindustriellen und Dienstleistungsunternehmen im landwirtschaftlichen Bereich zu kräftigem Auftrieb verhalf und das dem Sekundär- sowie dem Tertiärsektor nun auch auf den Dörfern einen roten Teppich ausbreitete. Der Gesetzgeber hatte sich zu der Einsicht durchgerungen, dass der Kommerzialisierung im ländlichen Bereich, der

Schaffung von Arbeitsplätzen, der Armutsbekämpfung und der Verbreitung von Marktgesinnung am besten durch die Entfaltung von Industrie- und Dienstleistungsbereichen auf dem flachen Land gedient werden konnte. Der Kurs wurde von den Bauern voll akzeptiert. Bereits Ende 2002 gab es auf den Dörfern Tausende von neu gegründeten Unternehmen des Industrie- und Dienstleistungstyps und somit eine Fülle neuer Arbeitsplätze (ebenda, S. 23).

Schon wenige Wochen nach Inkrafttreten des Betriebsgesetzes schob die Regierung ein weiteres Dekret nach, das die Liberalisierung zusätzlich beschleunigen sollte, nämlich eine Höfeordnung vom 2. Februar 2000 (Dekret Nr. 03/2000NQ-CP; VER, Nr. 10/122 (2004), S. 36-39). Zwar gab es von Anfang an Definitionsschwierigkeiten hinsichtlich der Abgrenzung zwischen Haushalten und Höfen, doch sollten sich Höfe von Haushalten offensichtlich durch drei Hauptmerkmale unterscheiden, nämlich durch die Mitarbeit nichtfamiliärer Arbeitskräfte, durch verstärkte Spezialisierung und durch erhöhte Kommerzialisierung.

Bereits Ende 2003 glaubte die Regierung, die Behauptung aufstellen zu dürfen, dass hier das Ei des Kolumbus gefunden worden sei. In dieser kurzen Zeit hatten sich nämlich 86.141 private Höfe etabliert, von denen rund 29.000 im traditionellen Feldbau und rund 20.000 im Obstanbau tätig waren, weitere 6.000 Viehzucht betrieben, rund 2.000 Forstwirtschaft und rund 24.000 Aquakultur. Insgesamt standen ihnen 441.500 ha Boden zur Verfügung, darunter 277.000 ha reines Ackerland, 80.400 ha Forstland und 82.300 ha Wasserflächen. 70% dieser Flächen waren den Höfen vom Staat zugeteilt und 30% von ihnen angepachtet worden, wobei Pachtland hauptsächlich aus Neuland bestand, das von den Bauern ohne staatliche Hilfe erschlossen worden war. Die Höfe beschäftigten rund 500.000 Arbeitskräfte, von denen 45% Familienmitglieder und 55% angestellte Mitarbeiter waren, einige davon als Vollzeitkräfte, andere dagegen als nur saisonal beschäftigte Helfer.

Bis Ende 2003 hatten die neuen Höfe ein Investitionskapital von 12 Mrd. VND aufgebracht, und zwar meist aus Eigenmitteln. Pro Hof waren im Schnitt 43 Mio. VND an Gewinnen erwirtschaftet worden, wobei allerdings die südlichen Zonen meist wesentlich besser dastanden als die zentral- oder die nordwestvietnamesischen Regionen. Bemerkenswerter Weise lag der Kommerzialisierungsgrad für die Produkte der Höfe bei weit über 90%.

Anfang 2006 hat sich eine breite Palette von Unternehmensformen gebildet, angefangen von Staatsfarmen, die jetzt allerdings nur noch zu den Ausnahmen gehören, bis hin zu Genossenschaftsbetrieben und vor allem zu Privatfirmen,

deren Fächer von Einzelhaushalten über Höfe bis hin zu industriellen oder dienstleistungsbezogenen Klein- und Mittelbetrieben reicht, wobei die Betriebsform den Einzelunternehmer wie auch den gemischt privat-staatlichen Betrieb sowie GmbH-Firmen umfasst.

Vor allem aber erfolgte die Produktion immer mehr für den Markt und immer weniger für den Eigenbedarf. Damit aber war definitiv grünes Licht für das Abrücken von der traditionellen Subsistenzwirtschaft und für die Hinwendung zu verstärkter Arbeitsteilung, vor allem aber zu vermehrter Warenwirtschaft und Marktproduktion gegeben. In diesem letzteren – und siebten – Punkt sah die reformerische Führung denn auch das eigentliche Hauptanliegen ihrer neuen Politik.

Bisherige Bilanz der Reformmaßnahmen

Erfolge

Die Erfolge dieses neuen Kurses konnten sich schon innerhalb weniger Jahre sehen lassen und sind heute, nach 20 Jahren, an allen Ecken und Enden greifbar.

In erster Linie führten sie zu einem Hochwachstum und damit gleichzeitig auch zur Absicherung des so viele Jahre lang schmerzlich vermissten sicheren Nahrungsmittelnachschubs für die eigene Bevölkerung.

Vor allem in den 15 Jahren zwischen 1989 und 2004 hatte sich die Produktionsstatistik strahlend aufgehellt: Insgesamt wuchs die Landwirtschaft (Ackerbau, Forsten und Aquakultur) in diesem Zeitraum um durchschnittlich 4% p.a. und die Produktion von Nahrungsmitteln sogar um 4,8% (d.h. von 21,5 Mio. t i.J. 1989 auf 39,5 Mio. t i.J. 2004). Die Pro-Kopf-Nahrungsmittelversorgung nahm entsprechend von 332 kg auf 480 kg zu. Einen besonders rasanten Zuwachs erzielten Rohstofffrüchte, die z.B. bei Kaffee um das 11,5fache, bei Latex um das Vierfache, bei Zuckerrohr um das Dreifache und bei Tee um das 1,8fache zunahmen (VER, Nr. 12/136 (2005), S. 11-19, 11).

Besonders eindrucksvoll schlug bei diesen Zahlen der Export zu Buche, vor allem (in dieser Reihenfolge) bei Reis, Kaffee, Kautschuk, Cashewnüssen, Obst, Pfeffer, Tee und Kunsthandwerksprodukten (SOAa, 2004/4, S. 351f.).

Die vietnamesische Statistik strich vor allem den Reixport als Hauptbeweis für die neue Leistungsfähigkeit heraus: Ein Land, das viele Jahre hindurch selbst unter Hunger gelitten habe, sei in wenigen Jahren zum zweitgrößten Reixporteur der Welt geworden! Zwischen 1989 und 2004 habe die SRV den Weltmarkt

mit 45 Mio. t Reis beliefern und damit Einnahmen in Höhe von fast 11 Mrd. US\$ erzielen können. Dabei habe sie so wichtige Konkurrenten wie die USA und Indien hinter sich gelassen und sehe jetzt nur noch Thailand vor sich. Mehr noch: Die Exporte hätten nicht nur an Quantität, sondern auch an Qualität (weniger Bruchreis, bessere Sorten) und Wettbewerbsfähigkeit gewinnen können. Verglichen mit 1986 seien die Reisexporte um das 2,86fache gestiegen und die dadurch erzielten Einnahmen hätten sich um das fast Vierfache gesteigert (VER, Nr. 12/136 (2005), S. 11-19, 12).

Verstärkte Differenzierung

Die Verschiebung von einer autarken zu einer gesamt-national regionalisierten, ja globalisierten Landwirtschaft zeigt sich nach Hanoier Ansicht u.a. in einem immer höheren Diversifizierungs- und Spezialisierungsgrad. Ganze Regionen haben sich bspw. inzwischen auf den Anbau bestimmter Sorten eingestellt. Im Delta des Roten Flusses werden bspw. hauptsächlich Reis, Gemüse und Obst angebaut, im Mekong-Delta stehen Reis, Obst und Aquakulturen im Vordergrund. Im Nord-östlichen Süden sowie im Zentralen Hochland kultivieren die Bauern vorwiegend Kaffee und Kautschuk, im Nördlichen Zentralvietnam Tee und Papierrohstoffe, im Südlichen Zentralvietnam hingegen Zuckerrohr und Industrierohstoffe, wie z.B. Baumwolle, und betreiben überdies Aquakultur.

Immer mehr bäuerliche Haushalte lassen sich ebenfalls auf spezialisierte Dienstleistungen ein, sei es nun im Forstbereich, bei der Fischzucht oder aber bei der Verarbeitung landwirtschaftlicher Güter, gar nicht zu reden von zahlreichen Handwerksdörfern, die sich auf bestimmte Produktkategorien, angefangen von Keramik-, Rattan- und Bambusprodukten bis hin zu Stickereien, Schnitzereien, Lackarbeiten oder auf das Weben von Teppichen verlegen (dazu VER, Nr. 9/97 (2002), S. 17f.). Nach statistischen Angaben sind nicht weniger als 27% der Haushalte mit der Anfertigung von Handwerksprodukten beschäftigt. Im Jahre 2000 hatte es in Vietnam gerade einmal 1.000 Handwerksdörfer gegeben. Zwei Jahre später war diese Zahl bereits auf 1.450 angewachsen – ein Zeichen dafür, wie attraktiv dieser Bereich wieder geworden ist. Im Allgemeinen werden drei Hauptgruppen von Handwerkshaushalten unterschieden, nämlich (1) Haushalte, die land- oder forstwirtschaftliche Produkte verarbeiten (2002 waren dies 17%), ferner (2) Haushalte und Einheiten, die im Bereich der Kleinindustrie und des typischen Handwerks tätig sind (32%) und (3) Einheiten, die sich auf Dienstleistungen spezialisieren (51%; ebenda).

Auch innerhalb der einzelnen landwirtschaftlichen Sektoren beginnen sich die Akzente zu verschieben: Obwohl der Feldbau nach wie vor den Löwenanteil der Produktion (rund 75%) bestreitet, beginnen Forstwirtschaft, Viehzucht und Aquakultur, die im Zeichen des sozialistischen Umbruchs nur noch eine Nebenrolle spielten, langsam wieder aufzuholen.

Trotz vieler Unzulänglichkeiten hat sich die Landwirtschaft in den vergangenen 20 Jahren mit großer Konsequenz auf den Weg weg von der Subsistenz- und hin zur Warenproduktion gemacht.

Ein dritter großer Erfolg zeigt sich in der sozialen Besserstellung des Dorfes. Immerhin sind über 25% der staatlichen Haushaltsausgaben in den vergangenen Jahren für Hungerbekämpfung, Armutsbeseitigung, Mehrbeschäftigung und Ausbildung sowie für öffentliche Gesundheit, Bekämpfung von sozialen Lasten (wie Drogenmissbrauch oder HIV/AIDS) und für Umweltschutz eingesetzt worden. U.a. ist es gelungen, die nationale Armut von 37% i.J. 1998 auf 7% Ende 2004 zurückzuführen (Weggel 2005: 12).

Defizite

Trotz der drei oben angeführten Erfolge sind aber immer noch zahlreiche Defizite zu beklagen, die den Landwirtschaftssektor noch auf Jahrzehnte hin wie Bleigewichte belasten dürften.

Da gibt es erstens einen Umschwung der Produktion von einem Extrem ins andere: War die Erzeugung unter der Planwirtschaft noch in ein allzu enges Korsett gezwängt worden, so leidet sie heutzutage unter einem Übermaß an Spontaneität und produziert allzu häufig am Markt vorbei. Ursächlich für diese Zielungenauigkeit sind zum einen die unzureichenden Orientierungsdaten (ein Fehler der großen Politik), auf der anderen Seite das mangelnde Fingerspitzengefühl der Bauernschaft, die dazu neigt, jede sich bietende Chance bis aufs Äußerste auszureizen und dabei immer weit übers Ziel hinauszuschießen.

Ein Beispiel dafür ist die Kaffeeproduktion, bei der sich Vietnam von einem Niemand innerhalb weniger Jahre zur asiatischen Nummer eins aufgeschwungen hatte, gerade dadurch aber vor allem in den Jahren 2003/2004 die Weltmarktpreise verdarb und sich damit letztlich selbst schadete. Ähnliche Rückschläge hat es bei der Zuckerrohrproduktion, beim Obstanbau und bei der Aquakultur gegeben.

Übertreibungen haben aber nicht nur bei den auf den Markt geworfenen Mengen stattgefunden, sondern auch bei der Wahrung sinnvoller Proportionen: So steigt bspw. die Menge bestimmter Feldfrüchte sprunghaft in die Höhe, ohne

dass gleichzeitig auch die Kapazitäten für die Verarbeitung sowie für den Transport mitberücksichtigt worden wären. Auch die Nachfrageverhältnisse in den anderen ASEAN-Ländern oder auf dem Weltmarkt werden allzu selten in Betracht gezogen. Ferner gilt Quantität nach wie vor mehr als Qualität. Insbesondere ist über den Aufbau von bestimmten Handelsmarken bis vor kurzem überhaupt nicht nachgedacht worden (dazu SOAa, 2005/4, Dok 60).

Zweitens wird immer wieder der Mangel an Effizienz beklagt. Besonders deutlich lässt sich der Effizienzmangel beim Vergleich zwischen eingesetzten Arbeitskräften und endgültigem Ergebnis beobachten: Obwohl in der Landwirtschaft gegenwärtig 67% der nationalen Arbeitskräfte tätig sind, tragen sie nur 25% zum BIP bei – ein Negativergebnis! Verschwendungstendenzen dieser Art treten auch bei einem weiteren Vergleich zu Tage: Gegenwärtig bearbeiten 27 Millionen landwirtschaftlich tätige Arbeitskräfte eine Gesamtfläche von 10 Mio. ha Boden – ein Verhältnis von 2,7 Arbeiter pro Hektar. Nach einer altbewährten Faustregel ließe sich die auf dieser Fläche anfallende Arbeit von den zur Verfügung stehenden Arbeitskräften rechnerisch bereits in zwei Monaten erledigen, so dass für die restlichen zehn Monate kaum etwas zu tun übrig bleibt: ein auch nach offizieller Meinung skandalöser Zustand, der eigentlich möglichst schnell beseitigt werden müsste, und zwar durch die Verlagerung von Arbeitskraft, vor allem in Bereiche der ländlichen Industrie und des ländlichen Dienstleistungswesens. Eine solche Umverlagerung allerdings könnte nur nach entsprechender Ausbildung, maschineller Umrüstung und kostspieliger Umschulung erreicht werden.

Das Effizienzdefizit hat aber nicht nur mit mangelnder Nutzung der Arbeitskraft, sondern auch mit den viel zu kleinen ländlichen Grundstücksflächen zu tun, auf denen viel zu viele Arbeitskräfte beschäftigt sind. Derzeit stehen dem durchschnittlichen Bauernhaushalt gerade einmal 0,4-0,6 ha Boden zur Verfügung und damit eine Fläche, die zu allem Überfluss auch noch in neun bis zehn Felder aufgeteilt ist. Im Delta des Roten Flusses und in Zentralvietnam liegt der Durchschnitt sogar bei nur 0,25-0,3 ha (VER, Nr. 12/136 (2005), S. 11-19, 13). Insgesamt 12 Millionen Bauernhaushalte bewirtschaften mit anderen Worten rund 150 Mio. Felder (verglichen mit 15 Millionen während der französischen Kolonialzeit). Großproduktion ist angesichts dieser Fragmentarisierung so gut wie unmöglich.

Außerdem ist da noch die Kostenfrage: Zuckerrohr bspw. verursacht unter diesen Umständen in Vietnam pro Tonne 40% höhere Kosten als in Indien und um 49% höhere Kosten als in Thailand (ebenda).

Vietnam muss mit anderen Worten einen Weg finden, der Grundstücksverteilung mit flexibler Kleinproduktion optimal verbindet (VER, Nr. 1/113 (2004), S. 41-44, 43). Letztlich können hier nur eine Neubelebung genossenschaftlicher Formen sowie eine Rückbesinnung auf die alte *Cong-dien*-Tradition zu mehr Effizienz führen.

Drittens gehen die Erfolge der Landwirtschaft häufig auf Kosten der Umwelt: Wälder werden abgeholzt, Insektizide und Pestizide bedenkenlos eingesetzt und ganze Landschaften als Müllhalden missbraucht. Dies ist ein Verhalten, das nicht nur die Natur schädigt (Bodenvergiftung, Gewässerverunreinigung und wachsende Überschwemmungsgefahr im Gefolge übermäßiger Abholzung), sondern das auch die menschliche Gesundheit gefährdet und das langfristig höhere Kosten verursachen dürfte als es kurz- und mittelfristig an Gewinnen einbringt.

Im strategischen Dreieck zwischen Wirtschaftswachstum, sozialer Entwicklung und Umweltschutz hat die Natur in den vergangenen Jahren die höchsten Opfer erbringen müssen – eine Entwicklung, die der Landwirtschaftspolitik langfristig noch viel Kopfzerbrechen bereiten dürfte.

Fazit

Der Stellenwert der Landwirtschaft kann auch nach 20 Jahren Reform (1986-2006) gar nicht hoch genug eingeschätzt werden: Immerhin bestreitet sie 25% des BIP, kommt für 30% des Gesamtexportwerts auf und absorbiert 67% der nationalen Arbeitskraft. Sie trägt nicht nur zur Ernährungssicherung bei, sondern hat auch einen wachsenden Anteil an den Exporten, vor allem an einer Reihe von besonders erfolgreichen Gütern wie Reis, Kaffee, Kautschuk, Cashewnüssen, Obst, Pfeffer und Tee (dazu SOAa, 2004/4, S. 351f.). Aus einem Hungerland der achtziger Jahre ist die SRV um die Jahrtausendwende zum Vizeweltmeister im Reisexport geworden.

Allen Erfolgen zum Trotz fehlt es der Landwirtschaft aber nach wie vor an Marktanpassung, an Effizienz und an Umweltbewusstsein. Auf einen noch einheitlicheren Nenner gebracht, leidet Vietnams Landwirtschaft unter dem Paradox, dass eine Unzahl von Klein- und Kleinstbetrieben mit höchstem Kraftaufwand ein enormes Gesamtprodukt erwirtschaftet, ohne dass die Vielzahl der Einzelaktionen aufeinander abgestimmt wäre. Viel Energie verpufft deshalb ohne volkswirtschaftlich relevante Wirkung, so dass immer wieder der Eindruck von Leerlauf entstehen kann.

Wie könnte dieser Fehlentwicklung entgegengewirkt werden?

Auf dem kürzesten Weg ließe sich die mangelnde Marktanpassung dadurch korrigieren, dass von Seiten der Behörden brauchbarere binnen- und außenwirtschaftliche Orientierungsdaten geliefert werden.

Auch der allzu gnadenlose Umgang mit der Natur könnte – zumindest mittelfristig – eingedämmt werden, und zwar durch verstärkte Aufklärung und durch mehr Bildung, sei es nun in puncto Umweltbewusstsein und im Hinblick auf Maßnahmen zur Aufforstung oder hinsichtlich eines vorsichtigeren Umgangs mit Chemikalien.

Wie aber lässt sich das dritte Hauptdefizit, nämlich der Widerspruch zwischen dem Arbeitskräfteüberangebot einerseits und den handtuchartigen Grundstücken andererseits, im Sinne von Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit überwinden? Offensichtlich können hier nur bessere Modalitäten der Zusammenarbeit weiterhelfen. Feldarbeit, Forstarbeit und Aquakulturen müssen also z.B. mit Verarbeitungskapazitäten, mit Vermarktung, mit Wissenschaft und Forschung sowie mit Transport- und Lagerdiensten sinnvoller aufeinander abgestimmt und in ein effizientes Gleichgewicht zueinander gebracht werden. Dazu aber bedarf es wechselseitiger vertraglicher Vereinbarungen. Die Aufgabe der Kooperation lässt sich entweder personal- oder aber kapitalorientiert lösen. Die personalgesellschaftliche Variante liefe auf ein neues Genossenschaftssystem hinaus, das allerdings, im Gegensatz zu den früheren Zwangsgenossenschaften, nur auf freiwilliger Basis zustande kommen dürfte. Nach den vielen schlechten Erfahrungen, die die vietnamesischen Bauern mit dem genossenschaftlichen Schreckgespenst von einst haben sammeln müssen, muss hier allerdings noch geraume Zeit verstreichen, ehe wieder neues Vertrauen in genossenschaftliche Formen der Organisation entstehen kann.

Als Alternative ließe sich hier ein kapitalgesellschaftlicher Ansatz in Betracht ziehen. So könnte etwa ein landwirtschaftlicher Konzern die so vielfach anfallenden Produktions- und Dienstleistungen vertraglich auf einzelne Bauernhaushalte verteilen, wobei die Bindung sowohl durch Werk- und Dienstverträge als auch durch Shareholding herbeigeführt werden könnte.

Die genossenschaftliche Alternative entspräche in diesem Fall eher dem traditionellen *Cong-dien*-Modell, die Konzernlösung dagegen eher quasi-sozialistischen Vorstellungen, da hier am Ende auch staatliche Konzerne die Leitfunktion übernehmen könnten.

Ohne eine partielle Rückkehr zu kooperativen Formen der Zusammenarbeit wird sich jedenfalls auf die Dauer kein optimal-effizientes Landwirtschaftssystem

errichten lassen. 20 Jahre Landwirtschaftsreformen sind, so gesehen, nur eine Lehrzeit und ein erster Schritt auf einem ziemlich langen Marsch.

Literatur

Kurze Geschichte der Partei der Werktätigen Vietnams (1972), Westberlin/Dortmund: Verlag Rote Fahne

Pike, Douglas (1978), *History of Vietnamese Communism, 1925-1976*, Stanford

Sakurai, Yumio (2003), „Comprehensive Vietnamese Village Studies – From Ten Years of Research in a Small Village“, in: IAS Newsletter, November 2003/Nr. 23

Weggel, Oskar (2005), „*Doi moi* – Die Betriebsreform als Leitthema im vietnamesischen Veränderungsgeschehen“, in : SOAa, 2005/1, S. 11-14